

Lieferantenrahmenvertrag

zur Abwicklung des Netzzugangs zum Gasversorgungsnetz

nach § 20 EnWG

zwischen

«**GVUName**»

- im Folgenden „Lieferant“ genannt -

und

WSW Netz GmbH

Schützenstraße 34

42281 Wuppertal

- im Folgenden „Netzbetreiber“ genannt -

1. Netznutzer (Lieferant):

Firma: «**GVUName**»

Rechtsform: «**Rechtsform**»

Registergericht: «**Registergericht**» HRegNr.: «**HRB**»

Postfachanschrift: «**Postfachanschrift**»; «**PLZ_postfach**» «**F8**»

Zustellanschrift Straße: «**Anschrift**» «**HausNr**»

Zustellanschrift Ort: «**PLZ**» «**Ort**»

BDEW Codenummer: «**BDEW**»

Telefon: _____

Telefax: _____

Email: «**Email**»

2. Netzbetreiber

WSW Netz GmbH

Schützenstraße 34

42281 Wuppertal

Telefon: **+49 (0)202 5 69 - 75 89 73 11**

Telefax: **+49 (0)202 5 69 - 75 89 73 29**

Email: **netzmanagement@wsw-netz.de**

BDEW Codenummer: 9870078100004

3. Entnahmestellen des Netznutzers

gemäß monatlich aktualisierter Bestandsliste (werden am sechzehnten Werktag per E-Mail versendet)

4. Vertragsbeginn:

«**Vertragsbeginn**»

Präambel

Gegenstand dieses Vertrages ist die vertragliche Ausgestaltung des Netzzuganges zwischen Netzbetreiber und Lieferant bei der Belieferung von Kunden des Lieferanten mit Gas an Entnahmestellen, die an das Netz des Netzbetreibers angeschlossen sind. Diesem Vertrag liegen das Energiewirtschaftsgesetz vom 13. Juli 2005 (EnWG), die Gasnetzzugangs- und die Gasnetzentgeltverordnung jeweils vom 25. Juli 2005 (GasNZV, GasNEV), die Anreizregulierungsverordnung vom 29. Oktober 2007 (ARegV), die Verordnung zum Erlass von Regelungen über Messeinrichtungen im Strom- und Gasbereich vom 17. Oktober 2008 (MessZV), die Niederdruckanschlussverordnung vom 01. November 2006 (NDAV) und die Grundversorgungsverordnung Gas vom 26. Oktober 2006 (GasGVV) sowie die Kooperationsvereinbarung der Gasnetzbetreiber in der Änderungsfassung vom 29. Juli 2008 (im Folgenden: „KoV III“) zu Grunde. Er wird automatisch modifiziert durch einschlägige Festlegungen der Regulierungsbehörden, soweit und solange diese vollziehbar sind.

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Der vorliegende Vertrag regelt die Zusammenarbeit und die gegenseitigen Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Belieferung der Kunden des Lieferanten mit Gas im Netz des Netzbetreibers, insbesondere
 - a) Netzzugang bzw. Netznutzung des Lieferanten nach Maßgabe von § 7 dieses Vertrages,
 - b) Informationspflichten und Regelungen der Datenübermittlung,
 - c) Bilanzkreiszuordnung,
 - d) Leistungsmessung und Lastprofilverfahren sowie
 - e) Ausgleich der Mehr- und Mindermengen.
- (2) Für die nachfolgend aufgeführten Bereiche bedarf es gesonderter Vereinbarungen:
 - a) Biogasanlagen oder die Einspeisung aus einem Speicher,
 - b) Netzanschluss-/Anschlussnutzungsverhältnis.

§ 2 Belieferung ohne Netznutzung des Lieferanten

- (1) Soll die Belieferung eines Kunden des Lieferanten erfolgen, der den Zugang zum Netz des Netzbetreibers selbst in Anspruch nimmt, setzt dies das Bestehen eines Netznutzungsvertrages zwischen diesem Kunden und dem Netzbetreiber voraus. Dies ist bei der Anmeldung des Kunden in der Anlage kenntlich zu machen.
- (2) Die Parteien werden auch Lieferungen im Sinne von Absatz 1 auf der Grundlage dieses Vertrages abwickeln. Die Bestimmungen dieses Vertrages – mit Ausnahme der ausschließlich die Netznutzung regelnden Bestimmungen – gelten insoweit entsprechend, sofern und soweit der Netznutzer (Kunde) dieser Abwicklung nicht widersprochen hat.

§ 3 Netzzugang

- (1) Der Netzbetreiber stellt dem Lieferanten im Rahmen des Netzzugangs das Gasversorgungsnetz und die Netzinfrastruktur – einschließlich aller vorgelagerten Netze bis zum virtuellen Handlungspunkt des jeweiligen Marktgebietes – zum Zwecke der Durchleitung von Gas zu Entnahmestellen seiner Kunden, die an das Netz des Netzbetreibers angeschlossen sind, entgeltlich zur Verfügung und erbringt die Systemdienste (Netzzugang).
- (2) Um diesen Netzzugang zu ermöglichen, bestellt der Netzbetreiber nach Maßgabe der §§ 8 bis 14 KoV III die für sein Verteilnetz erforderliche Kapazität bzw. Vorhalteleistung bei dem ihm vorgelagerten Netzbetreiber. Die Gewährung des Netzzugangs durch den Netzbetreiber setzt voraus, dass die vorgelagerten Netzbetreiber auf Basis der KoV III kooperieren. Der Netzbetreiber haftet nicht für andere Netzbetreiber, die widerrechtlich die erforderliche Kooperation verweigern.

-
- (3) Die Parteien sind sich einig, dass auch das Vertragsverhältnis zwischen Netzbetreiber und Anschlussnutzer bzw. Anschlussnehmer Auswirkungen auf den Netzzugang nach diesem Vertrag haben kann.
 - (4) Stellt der Lieferant Anforderungen an die Gasqualität, die über die vertraglichen Verpflichtungen des Netzbetreibers gegenüber dem Lieferanten, dem Anschlussnutzer oder dem Anschlussnehmer hinausgehen, obliegt es diesem selbst, auf eigene Kosten Vorkehrungen zum störungsfreien Betrieb von Geräten und Anlagen zu treffen oder entsprechende Vorkehrungen durch seine Kunden sicherzustellen.
 - (5) Der Netzbetreiber hat das Recht, dem Lieferanten den Netzzugang unter den Voraussetzungen des § 55 der Netzzugangsbedingungen (Anlage 3, im Folgenden: "NZB") zu entziehen. Die Rechte des Netzbetreibers aus § 17 (3) dieses Vertrages bleiben unberührt

§ 4 Pflichten des Netzbetreibers

- (1) Der Netzbetreiber stellt dem Lieferanten die Netzinfrastruktur entgeltlich nach Maßgabe von § 3 zur Verfügung.
- (2) Hierfür nimmt der Netzbetreiber alle von ihm bestätigten Entnahmestellen der Kunden des Lieferanten in eine elektronische Bestandsliste auf und ordnet sie gemäß den Angaben des Lieferanten einem Bilanzkreis zu (vgl. § 6).
- (3) Der Netzbetreiber ermittelt für alle Entnahmestellen der Kunden des Lieferanten (sofern ein dritter Messstellenbetreiber bzw. Messdienstleister zuständig ist, auf Grundlage der von diesem gemessenen und dem Netzbetreiber zur Verfügung gestellten Messwerte)
 - a) bei Messeinrichtungen mit Registrierung der stündlichen Leistungsmittelwerte die stündlichen Leistungsmittelwerte der Entnahmen und
 - b) bei Messeinrichtungen mit Anzeige der kumulierten Arbeit die Tageswerte in Verbindung mit dem vom Netzbetreiber bestimmten Verfahren zur Handhabung von Lastprofilen (synthetisches/analytisches Verfahren, vgl. § 9)

bestimmt. Etwaige Rechte des Anschlussnutzers gemäß § 21b Abs. 2 EnWG sowie der Messzugangsverordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung bleiben unberührt.

- (4) Der Netzbetreiber stellt dem Bilanzkreisnetzbetreiber und spätestens ab dem 01. Oktober 2009 auch dem jeweiligen vom Lieferanten nach § 6 Abs. (1) benannten Bilanzkreisverantwortlichen Daten entsprechend den Vorgaben des § 21 KoV III, § 24 NZB zur Verfügung, so dass der Bilanzkreisnetzbetreiber seine Verpflichtungen erfüllen kann:

Solange wegen einer Instandhaltung (§ 52 NZB), einer Aufrüstung des Datenübermittlungssystems oder aus vergleichbaren Gründen die Datenübermittlung planmäßig vorübergehend beeinträchtigt oder unmöglich ist, ist der Netzbetreiber von seinen Datenübermittlungspflichten befreit. Er wird den Lieferanten sowie den von ihm benannten Bilanzkreisverantwortlichen und den Bilanzkreisnetzbetreiber in solchen Fällen entsprechend § 52 NZB rechtzeitig vorab benachrichtigen, damit diese sich über eine Ersatzlösung für den entsprechenden Zeitraum abstimmen können.

Bei ungeplantem Ausfall der Datenübermittlung gelten für Lastprofil-Entnahmestellen im Verhältnis zwischen Lieferant und Netzbetreiber die Vortageswerte als gemeldet (vgl. § 24 Ziff.4 Abs. (3) letzter Satz NZB). Für Entnahmestellen mit Leistungsmessung werden Ersatzwerte gemäß § 21 Ziff. 2 KoV III nachgemeldet.

- (5) Der Netzbetreiber rechnet ungewollte Mehr- oder Mindermengen entsprechend § 12 NZB gegenüber dem Lieferanten gemäß den in § 12 genannten Preisen ab.
- (6) Geht der Messstellenbetrieb oder die Messung an einer Messstelle auf einen neuen Messstellenbetreiber oder Messdienstleister über, teilt der Netzbetreiber dem Lieferanten bezogen auf die betroffene Messstelle den Zeitpunkt des Übergangs und die Identität des neuen Messstellenbetreibers oder Messdienstleisters unverzüglich mit.

§ 5 Pflichten des Lieferanten

Der Lieferant verpflichtet sich zur Begleichung der Entgelte für die Leistungen des Netzbetreibers, insbesondere

- a) für den Netzzugang gemäß § 3,
- b) im Zusammenhang mit der Abrechnung von Mindermengen gemäß § 4 (5),
- c) für die weiteren im Vertrag und seinen Anlagen genannten Leistungen gemäß dem auf den Internetseiten des Netzbetreibers veröffentlichten Preisblatt. Für nicht benannte Leistungen, die im Auftrag des Lieferanten erbracht werden, und die nach den Umständen zu urteilen nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, kann der Netzbetreiber die Höhe der Entgelte nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB bestimmen und eine Erstattung der Kosten verlangen.

§ 6 Bilanzausgleich

- (1) Eine Belieferung von Entnahmestellen von Kunden des Lieferanten setzt voraus, dass der Lieferant dem Netzbetreiber zur Abwicklung der Belieferung für den Ausgleich von Differenzen zwischen den – ggf. mit Hilfe eines Standardlastprofilverfahrens festgelegten – Entnahmen der Kunden des Lieferanten und den zeitgleichen Einspeisungen (Bilanzausgleich) einen Bilanzkreis benannt hat, dem die Entnahmen der Kunden des Lieferanten zugeordnet werden dürfen. Dem Netzbetreiber sind die erforderlichen Daten - insbesondere die Bilanzkreisnummer - unverzüglich, jedoch mindestens drei Wochen vor Beginn des Belieferungsmonats dem Netzbetreiber mitzuteilen.
- (2) Falls der Lieferant nicht selbst Bilanzkreisverantwortlicher ist, hat er bei den vorgelagerten Netzbetreibern - namentlich RWE Transportnetz Gas GmbH und Wingas Transport GmbH & Co. KG in ihrer Funktion als Bilanzkreisnetzbetreiber - eindeutige Bilanzkreisnummern einzuholen. Die Regelung nach Abs. (1) S. 2 gilt insoweit entsprechend.
- (3) Jede Änderung in der Bilanzkreiszuordnung sind vom Lieferanten unverzüglich unter Nennung der veränderten Koordinaten gegenüber dem Netzbetreiber mitzuteilen.

§ 7 Festlegung der Bundesnetzagentur zum Lieferantenwechsel Gas (GeLi Gas)

- (1) Die Abwicklung der Belieferung von Entnahmestellen mit Gas erfolgt nach der von der Bundesnetzagentur getroffenen Festlegung einheitlicher Geschäftsprozesse und Datenformate vom 20. August 2007 (Az. BK 7-06-067) oder einer diese Festlegung ersetzenden oder ergänzenden Festlegung der Bundesnetzagentur.
- (2) Soweit die Bundesnetzagentur in ihrer Festlegung Ausnahmen hinsichtlich der zu verwendenden Datenformate und anzuwendenden Geschäftsprozesse zulässt, kann bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen hierüber eine schriftliche Zusatzvereinbarung getroffen werden. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, diese Zusatzvereinbarung der Bundesnetzagentur anzuzeigen.

§ 8 Abwicklung der Geschäftsprozesse nach der GeLi Gas

- (1) Die nachstehenden Geschäftsprozesse werden zwischen Netzbetreiber und Lieferant ab dem 01. August 2008 konform mit der in § 7 benannten Festlegung der Bundesnetzagentur – die GeLi Gas (BK7-06-067) – abgewickelt, soweit und solange diese vollziehbar ist:
 - Lieferantenwechsel,
 - Lieferende,
 - Lieferbeginn,
 - Ersatzversorgung/Grundversorgung,

-
- Messwertübermittlung,
 - Stammdatenänderung,
 - Geschäftsdatenanfrage und
 - Netznutzungsabrechnung.
- (2) Die Vertragsparteien werden bei der Abwicklung der Geschäftsprozesse in Abs. (1) die von der GeLi Gas durch Tenor 2 des Beschlusses in Verbindung mit Ziffer A.3. der Anlage „Geschäftsprozesse Lieferantenwechsel Gas – GeLi Gas“ vorgegebenen Datenformate und Nachrichtentypen verwenden. Änderungen der Versionen wird der Netzbetreiber gemäß den vorgegebenen Fristen übernehmen. Ist ihm dies nicht möglich, wird er den Lieferanten rechtzeitig informieren.
- (3) In Ergänzung der bzw. klarstellend zu den in Abs. (1) aufgelisteten Geschäftsprozessen gilt Folgendes:
- a) Geschäftsprozesse Lieferbeginn/ Lieferende (rückwirkende An- und Abmeldungen bei Standard-Lastprofilen, vgl. B Ziff. 2.2 Nr. 3 GeLi Gas): Die Zuordnung von Standardlastprofil-Entnahmestellen, für die dem Netzbetreiber im Zeitpunkt des Einzugs eines Haushaltskunden keine Anmeldung des Lieferanten vorliegt, erfolgt grundsätzlich zum Grundversorger. Meldet der Lieferant diese Entnahmestelle binnen der ersten sechs Wochen nach dem Einzugsstermin beim Netzbetreiber zur Netznutzung an, wird der Lieferbeginn zum tatsächlichen Einzugsstermin für den anmeldenden Lieferanten umgesetzt. Der Lieferant versichert mit der Anmeldung, dass zwischen ihm und dem Kunden an dieser Entnahmestelle bereits im Zeitpunkt des Einzugs ein wirksames Lieferverhältnis bestand. Der Netzbetreiber ist berechtigt, im begründeten Einzelfall vom Lieferanten entsprechende Nachweise zu fordern. Der Lieferant hat den Einzugsstermin in seiner Netznutzungsanmeldung mitzuteilen.
 - b) Geschäftsprozess Lieferbeginn/Lieferende (leistungsgemessene Entnahmestellen, vgl. B Ziff. 2.2 Nr. 2 GeLi Gas): Die Zuordnung von leistungsgemessenen Entnahmestellen, bei der ein Kunde in Niederdruck erstmalig Gas entnimmt und für die keine Anmeldung eines Lieferanten vorliegt, erfolgt grundsätzlich zum Ersatzversorger. Meldet der Lieferant diese Entnahmestelle nach dem Einzugsstermin beim Netzbetreiber zur Netznutzung an, wird der Lieferbeginn zeitgleich mit dem Bilanzkreiswechsel untermonatlich in die Zukunft für den anmeldenden Lieferanten umgesetzt. Der Lieferant versichert mit der Anmeldung, dass zwischen ihm und dem Kunden an dieser Entnahmestelle bereits im Zeitpunkt des Einzugs ein wirksames Lieferverhältnis bestand. Der Netzbetreiber ist berechtigt, im begründeten Einzelfall vom Lieferanten entsprechende Nachweise zu fordern. Den Einzugsstermin teilt der Lieferant in der Netzanmeldung mit.
 - c) Geschäftsprozess Messwertübermittlung, vgl. D 1 Ziff. 1.2.2 Nr. 6 GeLi Gas: Die Übermittlung der abrechnungsrelevanten Messwerte von leistungsgemessenen Entnahmestellen ohne Fernauslesung (24 h-Werte für den jeweiligen Gastag) hat hinsichtlich der regelmäßigen Ablesung grundsätzlich am folgenden Werktag zu erfolgen, solange zwischen Netzbetreiber und Lieferant nichts anderes vereinbart ist.
 - d) Geschäftsprozess Geschäftsdatenanfrage: Der Netzbetreiber kann dem Lieferanten den für die Beantwortung einer Geschäftsdatenanfrage entstehenden Aufwand in Rechnung stellen.

§ 9 Standardlastprofilverfahren

- (1) Zur rechnerischen Ermittlung der Leistungswerte bei Entnahmestellen ohne registrierende Messeinrichtungen, also bei solchen Entnahmestellen mit einer maximalen stündlichen Entnahmeleistung von 500 kW und einer maximalen jährlichen Entnahme von 1,5 GWh, werden nach Maßgabe von § 11 MessZV i.V.m. § 24 GasNZV Standardlastprofile verwendet. Näheres regelt die **Anlage 5** zu diesem Vertrag.

- (2) Der Netzbetreiber kann Änderungen der Lastprofile sowie der Zuordnung der einzelnen Entnahmestellen zu den Lastprofilgruppen vornehmen. Dies ist dem Lieferanten mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende anzuzeigen.
- (3) Der Netzbetreiber kann einen Wechsel oder eine Modifikation des angewendeten Lastprofilverfahrens vornehmen. Der Netzbetreiber wird den Lieferanten hierüber mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende in Textform informieren.
- (4) Näheres regelt die **Anlage 5** zu diesem Vertrag.

§ 10 Ansprechpartner, Datenaustausch

- (1) Netzbetreiber und Lieferant benennen sich gegenüber jeweils eine E-Mail-Adresse für den Datenaustausch nach diesem Vertrag sowie Ansprechpartner mit Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse etc.), siehe **Anlage 2**.
- (2) Der Datenaustausch zwischen den Vertragsparteien im Rahmen der Anbahnung und Abwicklung der Netznutzung bei der Belieferung der Kunden des Lieferanten mit Gas erfolgt entsprechend der Vorgaben im Beschluss der Bundesnetzagentur vom 20. August 2007 (Az.: BK 7-06-067, GeLi Gas), sofern keine abweichende Vereinbarung insbesondere nach Ziffer 3 dieses Beschlusses zwischen den Parteien getroffen wurde. Der Datenaustausch im Übrigen erfolgt via E-Mail an gemäß **Anlage 2** benannte E-Mail-Adressen, sofern nicht zwingende gesetzliche oder auf Grund Gesetzes erlassene Vorgaben eine andere Kommunikation oder eine andere Form vorschreiben.

§ 11 Verhältnis von Netzbetreiber und Anschlussnutzer/-nehmer; Auswirkungen auf den Netzzugang

- (1) Für alle Entnahmestellen der Kunden des Lieferanten (Anschlussnutzer) im Netzgebiet des Netzbetreibers muss eine Regelung zwischen Netzbetreiber und Kunden bezüglich der Anschlussnutzung des Kunden bestehen. Für Anschlussnutzer, die über einen Anschluss im Sinne der NDAV aus dem Verteilnetz Gas entnehmen, kommt ein Anschlussnutzungsverhältnis unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. (2) NDAV zustande. In allen anderen Fällen bedarf es des Abschlusses eines gesonderten Anschlussnutzungsvertrages. Der Abschluss dieses Vertrages obliegt dem Netzbetreiber.
- (2) Der Lieferant hat die Möglichkeit, sich für den Abschluss eines Anschlussnutzungsvertrages von seinem Kunden (Anschlussnutzer) bevollmächtigen zu lassen und den Anschlussnutzungsvertrag im Namen des Kunden abzuschließen. Der Netzbetreiber kann in begründeten Einzelfällen verlangen, dass der Lieferant sein Vertretungsrecht durch Vorlage der Originalvollmacht, die zum Abschluss eines zeitlich nicht beschränkten Anschlussnutzungsvertrages berechtigt, nachweist.
- (3) Besteht zwischen dem Netzbetreiber und dem Anschlussnutzer kein Vertrag über die Anschlussnutzung oder kommt ein solcher nicht zustande, ist dem Lieferanten bekannt, dass der Netzbetreiber die Anschlussnutzung des betreffenden Anschlussnutzers unterbinden kann. Eine Belieferung dieses Anschlussnutzers ist in einem solchen Fall weder durch einen Lieferanten noch durch den Grundversorger möglich; das Fehlen eines Anschlussnutzungsvertrages ist kein Grund für eine Ablehnung der Netznutzungsanmeldung, der Netzzugang des Lieferanten ruht jedoch insoweit. In solchen Fällen kann der Lieferant nur eine Entschädigung vom Netzbetreiber beanspruchen, wenn und soweit diesen ein Verschulden trifft.
- (4) Sofern zwischen dem Netzbetreiber und einem Anschlussnutzer, der die Anschlussnutzung bereits in Anspruch nimmt, kein Anschlussnutzungsvertrag besteht, wird der Netzbetreiber dem Anschlussnutzer bzw. dem diesen vertretenden Lieferanten für die Vertragsprüfung wenigstens zwei Wochen beginnend ab Zugang der Aufforderung des Netzbetreibers zum Abschluss eines Anschlussnutzungsvertrages Zeit lassen. Während dieses Zeitraums wird der Netzbetreiber dem Anschlussnutzer die Anschlussnutzung nicht unterbrechen. Gleiches gilt für den Fall, dass der Anschlussnutzungsvertrag nachträglich entfällt.

- (5) Bei sonstigen Zuwiderhandlungen des Anschlussnutzers oder des Anschlussnehmers gegen eine gegenüber dem Netzbetreiber bestehende Vertragsverpflichtung, die den Netzbetreiber gegenüber dem Anschlussnutzer oder Anschlussnehmer berechtigt, die Anschlussnutzung bzw. den Netzanschluss zu unterbrechen, gilt Vorstehendes entsprechend.
- (6) Der Netzbetreiber wird den Lieferanten über eine beabsichtigte Unterbrechung der Anschlussnutzung unter Angabe der Gründe unverzüglich informieren. Die Information des Netzbetreibers an den Lieferanten erfolgt in Fällen, in denen die Unterbrechung der Anschlussnutzung wegen des Gebrauchs von Gas unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen notwendig wird, unverzüglich, nachdem die Sperrung erfolgt ist.
- (7) Wird dem Anschlussnutzer die Anschlussnutzung wieder ermöglicht bzw. wird die Unterbrechung des Netzanschlusses wieder aufgehoben, lebt der Netzzugang des Lieferanten insoweit wieder auf. Der Netzbetreiber wird den Lieferanten unverzüglich über die beabsichtigte Aufhebung der Unterbrechung der Anschlussnutzung informieren.

§ 12 Entgelte; Änderung der Entgelte; Konzessionsabgabe

- (1) Der Netzbetreiber berechnet für die Netznutzung Netznutzungsentgelte und Entgelte für die Abrechnung sowie – sofern er Messstellenbetrieb und Messung durchführt – Entgelte für Messstellenbetrieb und Messung in der jeweils auf seinen Internetseiten veröffentlichten Höhe. Der Netzbetreiber bildet die Netznutzungsentgelte nach den gesetzlichen und aufgrund Gesetzes erlassenen Vorgaben, insbesondere dem EnWG und der ARegV in Verbindung mit der GasNEV. Der Netzbetreiber wird den Lieferanten die neuen Netznutzungsentgelte und den Zeitpunkt ihres Geltungsbeginns unverzüglich, spätestens jedoch zeitgleich mit ihrer Veröffentlichung, in Textform mitteilen. Soweit der Netzbetreiber für Entnahmestellen des Lieferanten auf der Grundlage des § 20 Abs. (2) GasNEV gesonderte Entgelte berechnet, so sind diese nach Maßgabe des Preisblattes (**Anlage 1**) geschuldet.
- (2) Ist dem Netzbetreiber eine Netzentgeltbildung nach Abs. (1) zum 01. Januar eines Kalenderjahres nicht möglich (etwa weil die zuständige Regulierungsbehörde die Erlösobergrenze noch nicht rechtzeitig festgelegt hat oder die Netznutzungsentgelte des vorgelagerten Netzbetreibers noch nicht vorliegen), wird der Netzbetreiber die Netznutzung – ggf. vorläufig – auf Grundlage der auf seinen Internetseiten veröffentlichten Netznutzungsentgelte abrechnen (vorläufiges Netznutzungsentgelt). Über diese Vorgehensweise wird der Netzbetreiber den Lieferanten unverzüglich informieren. Sobald dem Netzbetreiber die Bildung der Netznutzungsentgelte nach Abs. (1) möglich ist, gelten für den jeweiligen Zeitraum die daraufhin veröffentlichten Netznutzungsentgelte. Etwaige Differenzen zu den zunächst als vorläufiges Netznutzungsentgelt erhobenen Netznutzungsentgelten wird er, soweit eine Berücksichtigung bei der Bemessung künftig zu zahlender Entgelte (z.B. im Rahmen des Regulierungskontos) nicht möglich sein sollte, im Rahmen einer gesonderten Netznutzungsabrechnung an den Lieferanten auskehren bzw. von diesem nachfordern.
- (3) Für den Fall, dass gegen die für die Entgelte nach Abs. (1) maßgebliche, von der Regulierungsbehörde festgesetzte Erlösobergrenze im Rahmen von behördlichen oder gerichtlichen Verfahren Rechtsbehelfe eingelegt werden oder eingelegt sind (z. B. durch den Netzbetreiber oder Dritte) und die sich aufgrund einer späteren Änderung der Erlösobergrenze ergebenden Differenzen zu den veröffentlichten Entgelten nicht (etwa im Rahmen des Regulierungskontos) bei der Bemessung künftig zu zahlender Entgelte Berücksichtigung finden können, ist zwischen den Parteien das vom Netzbetreiber auf Grundlage der rechts- bzw. bestandskräftig festgesetzten Erlösobergrenze gebildete und auf seinen Internetseiten veröffentlichte Netznutzungsentgelt rückwirkend maßgeblich. Dies kann dazu führen, dass Entgelte für vorangegangene Zeiträume – ggf. nach Beendigung des Vertrages oder der Belieferung der jeweiligen Entnahmestellen durch den Lieferanten – nachgefordert oder zurückgezahlt werden müssen. Um Lieferant und Netzbetreiber eine Risikoabschätzung und ggf. die Bildung von Rückstellungen zu ermöglichen, werden sich die Parteien wechselseitig mitteilen, inwieweit die Erlösobergrenze im Rahmen von Rechtsbehelfen streitig ist. Der Netzbetreiber wird dem Lieferanten bei von ihm geführten Verfahren weiter mitteilen, welche Auswirkungen dieses auf das vom Netzbetreiber zu bildende Netznutzungsentgelt hat.

- (4) Abs. (3) gilt entsprechend bei Rechtsmitteln gegen die Erlösobergrenze von den dem Netz des Netzbetreibers vorgelagerten Netzbetreibern, sofern diese eine rückwirkende Änderung der Entgelte des vorgelagerten Netzbetreibers zur Folge hat. Hinsichtlich der Mitteilungspflicht nach Abs. (3) Satz 3 und 4 gilt dies nur, soweit der Netzbetreiber Kenntnis davon hat, inwieweit das Netznutzungsentgelt streitig ist.
- (5) Rück- und Nachzahlungen nach den vorstehenden Absätzen sind mit dem für den jeweiligen Zeitraum maßgeblichen Basiszinssatz gem. § 247 BGB zu verzinsen.
- (6) Über vorstehende Absätze soll eine etwaige Anwendbarkeit des § 315 BGB nicht ausgeschlossen werden.
- (7) Für Entnahmestellen mit Leistungsmessung erfolgt die Ermittlung des Netznutzungsentgeltes je Entnahmestelle auf Basis des Maximalwertes der Jahresleistung des Gasbezuges sowie der Gasbezugsmenge.
- (8) Für andere Leistungen nach diesem Vertrag, die nicht der Genehmigung oder Festlegung durch die Regulierungsbehörde gemäß § 21a EnWG bzw. der ARegV unterliegen, zahlt der Lieferant dem Netzbetreiber die vom Netzbetreiber nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB bestimmten und jeweils auf den Internetseiten veröffentlichten Preise. Der Netzbetreiber kann diese nach billigem Ermessen der Entwicklung der Kosten anpassen, die für die Entgeltberechnung maßgeblich sind. Er wird die Änderungen auf seiner Internetseite veröffentlichen und dem Lieferanten mindestens 6 Wochen vor Inkrafttreten der Änderungen in Textform mitteilen. Ist der Lieferant mit der mitgeteilten Änderung nicht einverstanden, hat er das Recht, den Vertrag mit einer Frist von 4 Wochen ab dem Zugang der Benachrichtigung schriftlich zu kündigen. Macht er von diesem Recht keinen Gebrauch, gelten die Änderungen als genehmigt. Auf diese Folgen wird der Lieferant vom Netzbetreiber in der Mitteilung gesondert hingewiesen. Eine Überprüfung dieser Entgelte auf billiges Ermessen bleibt unberührt.
- (9) Der Netzbetreiber wird dem Lieferanten die auf die Entnahmen seiner Kunden anfallende, der jeweiligen Kommune geschuldete Konzessionsabgabe neben dem Entgelt für die Netzzugang in Rechnung stellen. Die Höhe der Konzessionsabgabe richtet sich nach dem jeweils zwischen dem Netzbetreiber und der betreffenden Gemeinde vereinbarten Konzessionsabgabensatz gemäß Konzessionsabgabenverordnung in der jeweils gültigen Fassung.
- (10) Falls die Lieferung zu einem vor der Entnahme vereinbarten Preis unter dem jeweils gültigen Grenzpreis nach der Konzessionsabgabenverordnung erfolgt ist, kann der Lieferant die zu viel gezahlte Konzessionsabgabe unter Beifügung eines geeigneten Nachweises (z. B. eines Wirtschaftsprüferstats) beim Netzbetreiber innerhalb der nächsten zwei auf den letzten Liefermonat folgenden Jahre zurückfordern. Entspricht ein gegebenenfalls vorgelegtes Wirtschaftsprüferstat nicht den gesetzlichen Anforderungen, hat der Lieferant innerhalb von drei weiteren Monaten ab der Geltendmachung diesbezüglicher Bedenken durch den Netzbetreiber einen ergänzenden Nachweis zu erbringen, in dem auf die Bedenken des Netzbetreibers eingegangen wird, um sein Rückforderungsbegehren aufrecht zu erhalten.
- (11) Die vorgenannten Regelungen der Abs. (1) bis (10) gelten ergänzend und vorrangig zu § 47 der Netzzugangsbedingungen (**Anlage 3**).

§ 13 Abrechnung der Netznutzung; Abschlagszahlungen; Rechnungsstellung

- (1) Soweit es sich bei den Entnahmestellen der Kunden des Lieferanten um leistungsgemessene Entnahmestellen handelt, stellt der Netzbetreiber dem Lieferanten die Netznutzung des vergangenen Monats zählpunktgenau bis zum Ablauf des 10. Werktages nach Übermittlung der Messwerte vorläufig auf Grundlage der gemessenen Arbeit und der prognostizierten Leistungsspitze im Abrechnungszeitraum in Rechnung.
- (2) Soweit es sich bei den Entnahmestellen der Kunden des Lieferanten um nicht leistungsgemessene Entnahmestellen handelt, berechnet der Netzbetreiber dem Lieferanten für die Netznutzung zählpunktgenau Abschlagszahlungen auf der Basis der letzten Jahresabrechnungen der jeweiligen Entnahmestellen. Die Abschlagszahlungen werden unabhängig vom tatsächlichen

Umfang der Netznutzung fällig. Liegt die letzte Jahresabrechnung nicht vor, ist der Netzbetreiber zu einer entsprechenden Schätzung unter Berücksichtigung der Jahresprognose für diese Standardlastprofil-Entnahmestelle berechtigt. Macht der Lieferant glaubhaft, dass die Entnahmen erheblich davon abweichen, so ist dies angemessen zu berücksichtigen. Ändern sich die für die Berechnung der Abschlagszahlung relevanten Parameter (z.B. das Abnahmeverhalten), erfolgt eine, mit der Jahresabrechnung durchführende entsprechende Anpassung. Ändern sich die vertraglichen Entgelte, so können die nach der Entgeltänderung anfallenden Abschlagszahlungen mit dem Vorhundertersatz der Entgeltänderung entsprechend angepasst werden.

- (3) Abrechnungsperiode ist bei leistungsgemessenen Entnahmestellen das Kalenderjahr mit monatlicher Teilabrechnung (vgl. Abs. (1)) und jährlicher Endabrechnung. Bei nicht leistungsgemessenen Entnahmestellen wird grundsätzlich ein rollierendes Abrechnungsverfahren durchgeführt. Die turnusmäßige Abrechnungsperiode erstreckt sich hierbei jeweils auf den Zeitraum der vergangenen zwölf Monate.
- (4) Spätestens zum Ablauf des 10. Werktages nach Übermittlung der Messwerte wird vom Netzbetreiber für jede Entnahmestelle der Kunden des Lieferanten eine Jahresendrechnung bzw. Schlussrechnung erstellt, in der der tatsächliche Umfang der Netznutzung unter Ausweis der abrechnungsrelevanten Entgeltbestandteile und unter Anrechnung der Abschlagszahlungen bzw. der bereits geleisteten Zahlungen abgerechnet wird. Eine spätere Nachberechnung nach § 12 Abs. (4) und § 12 Abs. (7) bleibt hiervon unberührt.
- (5) Sofern ein Lieferantenwechsel für eine leistungsgemessene Entnahmestelle zu einem anderen Zeitpunkt als dem Ende der Abrechnungsperiode des Netzbetreibers stattfindet, wird der Abrechnung der Netznutzung die maximale gemessene Monatshöchstleistung der letzten abgeschlossenen Abrechnungsperiode zugrunde gelegt. Die Leistungspreisentgelte sowie die Abrechnungs-, ggf. Zähler- und Messentgelte werden entsprechend dem tatsächlichen Belieferungszeitraum zeitanteilig berechnet.
- (6) Sofern ein Lieferantenwechsel für eine Standardlastprofil-Entnahmestelle zu einem anderen Zeitpunkt als dem Ende der Abrechnungsperiode des Netzbetreibers erfolgt, werden der Grundpreis sowie die Abrechnungs-, ggf. Zähler- und Messentgelte entsprechend dem tatsächlichen Belieferungszeitraum zeitanteilig berechnet.
- (7) Die Abrechnungs-, ggf. Zähler- und Messentgelte werden dem Lieferanten zusätzlich neben dem Netznutzungsentgelt in monatlichen Teilbeträgen in Rechnung gestellt. Für Datenübertragungssysteme im Sinne von § 33 Abs. (2) GasNZV fallen zusätzliche Kosten nach Maßgabe von § 33 Abs. (2) GasNZV an. Für den Einbau und den Betrieb einer Online-Datenübertragung im 3-Minuten-Takt (OFC) zur Ermöglichung eines Nominierungsersatzverfahrens werden gesonderte Entgelte nach Maßgabe des Preisblattes erhoben.
- (8) Ändern sich innerhalb einer Abrechnungsperiode die vertraglichen Entgelte, der Umsatzsteuersatz oder andere erlösabhängige Abgabensätze, wird der für die neuen Entgelte maßgebliche Verbrauch - wenn kein auf den Änderungszeitpunkt datierendes Messergebnis vorliegt - zeitanteilig berechnet; der neue Arbeitspreis wird ab dem Zeitpunkt der Entgeltänderung angewendet.
- (9) Bei Entnahmestellen ohne Leistungsmessung erfolgt die Abrechnung in den Fällen des Abs. (8) ohne Zwischenablesung im Wege der rechnerischen Abgrenzung. Falls beim Lieferanten entsprechende Daten aus einer Ablesung vorliegen, soll der Netzbetreiber diese bei der Abrechnung angemessen berücksichtigen, sofern diese Information zum Zeitpunkt der Abrechnung vorliegt. Der Netzbetreiber wird den Lieferanten über das Nichtvorliegen von Zählerständen in geeigneter Weise informieren.

§ 14 Allgemeine Zahlungsbestimmungen; Zahlungsverzug; Steuern und Abgaben

- (1) Rechnungen und Abschläge werden zu dem in der Zahlungsaufforderung angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch 14 Werktage nach Zugang der Zahlungsaufforderung, ohne Abzug fällig.

- (2) Etwaige Einwendungen gegen die Richtigkeit einer Rechnung sind nur binnen zwei Wochen nach Rechnungszugang oder im Fall der nachträglichen Feststellung der Unrichtigkeit bis zum Ende des folgenden Gaswirtschaftsjahres zulässig, falls diese Feststellung ohne Verschulden des Lieferanten nicht schon früher getroffen werden konnte.
- (3) Bei elektronischer Netznutzungsabrechnung gilt abweichend von Abs. (1) und Abs. (2) die Fristenregelung nach den Vorgaben der Bundesnetzagentur aus dem Beschluss vom 20. August 2007 (Az. BK 7-06-067).
- (4) Die Zahlung erfolgt nach Wahl des Lieferanten im Wege des Lastschriftinzugsverfahrens oder per Banküberweisung. Zur Identifikation der Rechnung, auf die der Lieferant seine Zahlung leistet, hat er als Verwendungszweck die jeweilige Rechnungsnummer anzugeben. Jede Rechnung ist einzeln zu bezahlen.
- (5) Wird eine Lastschrift aufgrund des Verschuldens des Lieferanten storniert, wird ein Bearbeitungsentgelt in Höhe der anfallenden Fremdkosten erhoben. Der Netzbetreiber kann die entstandenen Kosten auch pauschal berechnen. Dem Lieferanten ist der Nachweis gestattet, solche Kosten seien dem Netzbetreiber nicht oder in wesentlich geringerer Höhe als die Pauschale entstanden.
- (6) Verzug und Verzugsschaden richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (7) Bei Zahlungsverzug kann der Netzbetreiber, wenn er erneut zur Zahlung auffordert oder den Betrag durch einen Beauftragten einziehen lässt, die dadurch entstandenen Kosten auch pauschal berechnen. Dem Lieferanten ist der Nachweis gestattet, solche Kosten seien dem Netzbetreiber nicht oder in wesentlich geringerer Höhe als die Pauschale entstanden.
- (8) Die nach diesem Vertrag zu zahlenden Entgelte verstehen sich zuzüglich der zum Leistungszeitpunkt jeweils geltenden Umsatzsteuer.
- (9) Für eine – ggf. rückwirkende - Änderung der Netznutzungsentgelte einschließlich der Kosten der vorgelagerten Netzebenen gelten vorrangig § 12 Abs. (1) bis § 12 Abs. (4) dieses Vertrages.
- (10) Werden die Leistungen dieses Vertrages oder – soweit zur Erbringung dieser Leistungen erforderlich – die Erzeugung, die Fernleitung, die Verteilung von oder der Handel mit Gas mit weiteren Steuern oder Abgaben belegt, ist der Netzbetreiber berechtigt, hieraus entstehende Mehrkosten an den Lieferanten weiterzuberechnen. Dies gilt nicht, soweit die Mehrkosten nach Höhe und Zeitpunkt ihres Entstehens bereits bei Vertragsschluss konkret vorhersehbar waren oder die jeweilige gesetzliche Regelung der Weiterberechnung entgegensteht. Die Weitergabe ist auf die Mehrkosten beschränkt, die nach dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung (z.B. nach Kopf oder nach Verbrauch) diesem Vertragsverhältnis zugeordnet werden können. Mit der neuen Steuer oder Abgabe korrespondierende Kostenentlastungen – z.B. der Wegfall einer anderen Steuer – werden vom Netzbetreiber angerechnet. Eine Weitergabe kann mit Wirksamwerden der betreffenden Regelung erfolgen. Der Lieferant wird über die Anpassung spätestens mit der Rechnungsstellung informiert.
- (11) Absatz (10) gilt entsprechend, falls sich die Höhe einer nach vorstehendem Absatz weitergegebenen Steuer oder Abgabe ändert; bei einem Wegfall oder einer Absenkung ist der Netzbetreiber zu einer Weitergabe an den Lieferanten verpflichtet.
- (12) Absätze (10) und (11) gelten entsprechend, falls auf die Belieferung oder die Verteilung von Gas nach Vertragsschluss eine hoheitlich auferlegte, allgemein verbindliche Belastung (d.h. keine Bußgelder o.ä.) anfällt, soweit diese unmittelbaren Einfluss auf die Kosten für die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen hat (wie z.B. die Umlage von Biogaskosten nach § 20 b GasNEV).

§ 15 Zahlungsverweigerung; Aufrechnung

- (1) Einwände gegen Rechnungen berechtigen zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung nur, soweit sich aus den Umständen ergibt, dass die ernsthafte Möglichkeit eines offensichtlichen Fehlers besteht.

-
- (2) Gegen Ansprüche der jeweils anderen Vertragspartei kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.

§ 16 Unregelmäßigkeiten der Netznutzung

- (1) Soweit der Netzbetreiber an der Abnahme der Energie des Lieferanten oder an der Abgabe der Energie an den Kunden aus Gründen höherer Gewalt oder durch sonstige Umstände, deren Abwendung ihm wirtschaftlich nicht zuzumuten ist, an der Erfüllung dieses Vertrages gehindert ist, ruhen seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag. Gleiches gilt im Fall von Störungsbeseitigungen, Inspektions-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten, Maßnahmen zum Neubau, zur Änderung und zur Erweiterung von Anlagen oder bei sonst notwendigen Maßnahmen.
- (2) Erkennt der Lieferant Störungen, welche die Einspeisung oder die Entnahme beeinträchtigen können, so teilt er dies dem Netzbetreiber unverzüglich mit.
- (3) Der Netzbetreiber teilt dem Lieferant unverzüglich unter Angabe der Gründe mit, wenn er die Kundenanlage sperrt. Dasselbe gilt für den Wideranschluss der Kundenanlage.
- (4) Der Netzbetreiber teilt dem Lieferant unverzüglich unter Angabe der Gründe mit, wenn er die Einstellung oder Einschränkung seiner Lieferung beabsichtigt. Die Pflicht zur Unterrichtung entfällt, wenn die Unterrichtung nach den Umständen nicht möglich ist und der Netzbetreiber dies nicht zu vertreten hat oder die Beseitigung von bereits eingetretenen Unterbrechungen verzögern würde. Unterbleibt die Unterrichtung aus Gründen, die der Netzbetreiber zu vertreten hat, haftet er dem Lieferanten für kausal auf diesen Umstand zurückzuführende Schäden nur, wenn ihm Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit vorgeworfen werden kann. In diesem Fall ist der Netzbetreiber berechtigt, die Netznutzung und die Belieferung des Kunden zu unterbrechen.
- (5) Der Lieferant stellt im Falle der berechtigten Unterbrechung den Netzbetreiber von allen Schadensersatzansprüchen des Kunden aus der Unterbrechung der Netznutzung und der Belieferung frei. Der Lieferant ist verpflichtet, dem Netzbetreiber ein Entgelt für die Unterbrechung und die Wiederaufnahme der Netznutzung zu zahlen. Sollte der Netzbetreiber an der vom Lieferanten beabsichtigten Unterbrechung der Netznutzung aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen gehindert sein, ist der Lieferant verpflichtet, dem Netzbetreiber die aus der weiteren Netznutzung entstehenden Kosten zu erstatten; entsprechendes gilt bei Beendigung des Liefervertrages.

§ 17 Unterbrechungen der Netznutzung wegen Vertragsverletzungen

- (1) Der jeweils andere Vertragspartner ist im Falle eines wesentlichen Verstoßes gegen den Vertrag, insbesondere bei Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen durch den Transportkunden oder bei Nichterfüllung von Verpflichtungen zur Erbringung der Dienstleistungen durch den Netzbetreiber, berechtigt, seine jeweilige vertragliche Leistung auszusetzen, wenn nicht binnen zwei 2 Wochen nach schriftlicher Anzeige durch den anderen Vertragspartner Abhilfe geschaffen wurde. Die Ankündigung der Einstellung des Netzzuganges kann mit einer notwendigen Mahnung verbunden werden. Die Regelung in § 19 Abs. (3) dieses Vertrages bleibt unberührt.
- (2) Im Falle einer Aussetzung von vertraglichen Leistungen haben die Vertragspartner ihre jeweiligen Verpflichtungen unverzüglich wieder aufzunehmen, sobald die Gründe für die Aussetzung entfallen sind und bei einer Einstellung des Netzzuganges dem Netzbetreiber die Kosten der Unterbrechung und Wiederherstellung des Anschlusses ersetzt worden sind. Die Kosten können pauschal berechnet werden. Der Nachweis geringerer Kosten bleibt dem Transportkunden vorbehalten.
- (3) Näheres regelt die **Anlage 4** zu diesem Vertrag.

§ 18 Sicherheitsleistung

- (1) Wenn nach den Umständen des Einzelfalls zu besorgen ist, dass der Lieferant seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt, ist der Lieferant verpflichtet, auf Anforderung des Netzbetreibers eine Sicherheit zu leisten. Ein begründeter Fall wird insbesondere angenommen, wenn

-
- der Lieferant mit einer fälligen Zahlung trotz wiederholter Mahnung im Verzug ist,
 - gegen den Lieferanten Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, die Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit des Lieferanten haben können, seinen Verpflichtungen aus diesem Vertrag nachzukommen, eingeleitet sind oder
 - die vom Netzbetreiber über den Lieferanten eingeholte Auskunft einer allgemeinen im Geschäftsleben anerkannten Auskunftsdatei über seine wirtschaftlichen Verhältnisse die Besorgnis begründet, der Lieferant werde den Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht nachkommen.

Dem Lieferanten bleibt es unbenommen, diese Besorgnis innerhalb von drei Werktagen durch einen geeigneten Nachweis seiner Bonität zu entkräften.

- (2) Soweit der Lieferant nur bezüglich einzelner von ihm beliefeter Entnahmestellen seiner Kunden mit fälligen Zahlungen in Verzug ist, kann der Netzbetreiber vom Lieferanten grundsätzlich eine Vorauszahlung nur in Höhe der nach diesem Vertrag voraussichtlich für den Zeitraum der jeweils folgenden zwei Monate zu leistenden Entgelte für diese Entnahmestelle(n) verlangen.
- (3) Der Lieferant ist berechtigt, seine Vorauszahlungspflicht durch Bestellung einer entsprechenden Sicherheit in Form einer unbedingten, unwiderruflichen, selbstschuldnerischen Bankbürgschaft unter Verzicht auf Hinterlegung und auf die Einrede der Vorausklage einer europäischen Bank oder durch eine andere gleichwertige Sicherheit abzuwenden. Die sich verbürgende Bank muss ein Rating im „A“-Bereich von Standard & Poors oder ein gleichwertiges Rating einer anderen international anerkannten Rating-Agentur aufweisen. Wird die Sicherheit nicht innerhalb einer Frist von 10 Werktagen gestellt, ist der Netzbetreiber mit Ablauf der Frist von der Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen gegenüber dem Lieferanten befreit. Die Rechte aus § 50 der NZB und § 3 Abs. (5) sowie § 19 Abs. (3) bleiben unberührt.
- (4) Barsicherheiten werden zum jeweiligen Basiszinssatz gemäß § 247 BGB verzinst.
- (5) Kommt der Lieferant seinen Zahlungsverpflichtungen auch nach wiederholter Mahnung nicht fristgerecht und vollständig nach, so kann sich der Netzbetreiber aus der Sicherheit befriedigen. Hierauf weist der Netzbetreiber in der Mahnung hin.
- (6) Vorauszahlungen sind nicht mehr zu leisten bzw. die Sicherheit ist unverzüglich zurückzugeben, wenn der Lieferant darlegt, dass die begründeten Sicherheitsinteressen des Netzbetreibers künftig gewahrt sind.

§ 19 Vertragsdauer; Kündigung; Fortsetzung der Lieferung

- (1) Der Vertrag beginnt mit dem auf dem Deckblatt unter Vertragsbeginn angegebenen Datum und läuft auf unbestimmte Zeit.
- (2) Beide Vertragspartner können den Vertrag mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Erfolgt die Kündigung durch den Netzbetreiber, bietet dieser dem Lieferanten - grundsätzlich mit der Kündigungserklärung, spätestens jedoch zwei Monate vor dem Datum, auf das die Kündigung erfolgt ist - den Abschluss eines neuen Vertrages über den Netzzugang zu angemessenen Konditionen und Entgelten an, so dass ein neuer Vertrag noch vor Beendigung des laufenden Vertrages abgeschlossen werden kann. Sollte die Bundesnetzagentur abweichende Fristen und/oder Stichtage für die Kündigung des Vertrages verbindlich vorgeben, gelten diese.
- (3) Unbeschadet seiner Rechte aus § 3 Abs. (5) dieses Vertrages ist der Netzbetreiber berechtigt, diesen Vertrag fristlos zu kündigen, wenn
 - a) der Bilanzausgleich im Sinne des § 6 nicht mehr sichergestellt ist. Gelingt dem Lieferanten eine Neuregelung noch vor dem Wegfall des bestehenden Bilanzausgleichs, so wird sich der Netzbetreiber bemühen, in der verbleibenden Zeit die neue Bilanzkreiszuordnung umzusetzen, auch wenn die hierfür erforderlichen Fristen gemäß § 6 abgelaufen sind, und ggf. die Wirkungen einer fristlosen Kündigung durch Neubegründung des bisherigen Vertragsverhältnisses zurücknehmen;
 - b) eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Lieferanten eintritt

und er keine ausreichende unanfechtbare Sicherheit gestellt hat;

- c) der Lieferant wesentliche vertragliche Verpflichtungen grob verletzt; dies ist unter anderem der Fall, wenn der Lieferant Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Netzbetreiber in nicht unerheblicher Höhe trotz wiederholter Mahnung nicht nachkommt und vom Lieferanten keine entsprechende unanfechtbare Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung (§ 18) erlangt werden kann.

§ 20 Rechtsnachfolge

- (1) Vorbehaltlich des § 43 der Netzzugangsbedingungen bedarf die vollständige oder teilweise Übertragung von vertraglichen Rechten und / oder Pflichten der vorherigen Zustimmung durch den anderen Vertragspartner. Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die andere Vertragspartei nicht innerhalb von acht Wochen nach der schriftlichen Mitteilung über die Übertragung der Rechte und Pflichten schriftlich widerspricht. Auf diese Folge wird sie in der Mitteilung über die Übertragung der Rechte und Pflichten gesondert hingewiesen.
- (2) Die Übertragung gemäß Absatz 1 auf ein verbundenes Unternehmen i. S. d. § 15 AktG bedarf nicht der vorherigen Zustimmung, sondern lediglich einer schriftlichen Mitteilung an den anderen Vertragspartner. Ein verbundenes Unternehmen ist auch ein solches Unternehmen, das unmittelbar oder mittelbar über mindestens 50 % der Gesellschaftsanteile oder der Stimmen des übertragenden oder übernehmenden Unternehmens verfügt.

§ 21 Gerichtsstand

- (1) Der Gerichtsstand für Kaufleute im Sinne des Handelsgesetzbuches, juristische Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtliche Sondervermögen ist der Sitz des Netzbetreibers.
- (2) Das gleiche gilt, wenn der Vertragspartner keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat, nach dem Abschluss des Vertrages seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort ins Ausland verlegt oder sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist.

§ 22 Schlussbestimmungen; Allgemeine Bedingungen

- (1) Mit Vertragsbeginn werden bis zu diesem Zeitpunkt zwischen den Vertragsparteien bestehende Vereinbarungen über die Netznutzung unwirksam.
- (2) Gibt der Netzbetreiber sein Netz oder einen Teil seines Netzes an einen anderen Netzbetreiber ab, verliert dieser Vertrag im Hinblick auf die Entnahmestellen im abgebenden Gebiet seine Gültigkeit. Der Netzbetreiber informiert den Lieferanten über die Netzabgabe und die Einzelheiten der Abwicklung mit einer Frist von mindestens 2 Monaten vor Wirksamwerden der Netzabgabe.
- (3) Übernimmt der Netzbetreiber ein Netzgebiet, werden die Entnahmestellen des Lieferanten in diesem Netzgebiet ab Übernahme des Netzes durch den Netzbetreiber im Rahmen dieses Vertrages abgewickelt. Der Netzbetreiber informiert den Lieferanten über die Netzübernahme und die Einzelheiten der Abwicklung mit einer Frist von mindestens 2 Monaten vor Wirksamwerden der Netzübernahme.
- (4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle im Zusammenhang mit diesem Vertrag stehenden Daten und Unterlagen vertraulich zu behandeln.
- (5) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertragswerkes sowie der weiteren Anlagen unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen davon unberührt. Die Vertragsparteien werden die unwirksame bzw. undurchführbare Bestimmung durch eine wirksame oder durchführbare, in ihrem wirtschaftlichen Ergebnis möglichst gleichkommende Bestimmung ersetzen. Entsprechendes gilt für eine Lücke im Vertrag.
- (6) Soweit in diesem Vertrag keine abweichenden Vereinbarungen getroffen sind, gelten die beige-fügten „Netzzugangsbedingungen (NZB)“ (Anlage 3) mit der Maßgabe, dass der Lieferant als

Transportkunden im Sinne dieser Netzzugangsbedingungen gilt.

- (7) Die Geltung abweichender Bedingungen ist ausgeschlossen, selbst wenn der Netzbetreiber derartigen Bedingungen nicht ausdrücklich widerspricht. Abweichende Vereinbarungen und Änderungen sowie Nebenabreden sind nur dann wirksam, wenn sich der Netzbetreiber mit diesen ausdrücklich und schriftlich einverstanden erklärt.
- (8) Der Netzbetreiber ist berechtigt, diesen Vertrag in entsprechender Anwendung des § 60 der Netzzugangsbedingungen zu ändern.
- (9) Die beigefügten Anlagen 1 bis 4 sind wesentliche Vertragsbestandteile.

Wuppertal, _____

Ort/Datum

_____, _____
Ort/Datum

WSW Netz GmbH

_____, _____
Lieferant (Name i. Druckbuchstaben o. Namensstempel)

Anlagen

- Anlage 1: Preisblatt (vgl. die jeweils aktuelle Veröffentlichung unter www.wsw-netz.de)
- Anlage 2: Ansprechpartner und Adressen
- Anlage 3: Netzzugangsbedingungen (NZB)
- Anlage 4: Unterbrechung der Anschlussnutzung im Auftrag des Lieferanten (Sperrung) durch den Netzbetreiber
- Anlage 5: Standardlastprofilverfahren